

Evangelische Verantwortung

Herausgeber: Gerhard Schröder - Werner Dollinger - Wilhelm Hahn
Gerhard Stoltenberg - Walter Strauß

SIEG DER DEMOKRATIE ÜBER

DIE AUTORITÄTEN?

Ein Kommentar zum 14. Deutschen Evangelischen Kirchentag

Waldemar Besson

Nach vier aufwühlenden und randvollen Tagen ist der 14. Evangelische Kirchentag am 20. Juli 1969 mit einer von 40 000 Menschen besuchten Hauptversammlung zu Ende gegangen. Aus der Fülle des Erlebten will ich das herausgreifen, was meine wesentlichen Eindrücke dieser Stuttgarter Tage waren. Diese Tage müssen uns veranlassen, die eigene Perspektive der Rolle der evangelischen Laienbewegung in Deutschland in den sozialen und religiösen Fronten der Gegenwart zu überprüfen.

Als erstes stelle ich fest, daß der Kirchentag, was immer die Absichten seiner Veranstalter mit ihm gewesen sein mögen, sich in erstaunlicher Weise der Spontaneität und Initiative der hier zu Tausenden Zusammengekommenen geöffnet hat. Mußte man bei früheren Kirchentagen oft mühsam Fragen und Diskussionsbeiträge hervorlocken, der Stuttgarter Kirchentag wurde von einer breiten Welle von eigenen Beiträgen der Teilnehmer überschwemmt. Die Menschen drängten sich vor den Mikrofonen, um zu fragen, zu antworten, zu provozieren, zu attackieren. Eine Sturzflut jugendlichen Ungestüms an Kritik und Verdammung der Traditionen, Institutionen und Zustände ging über den Kirchentag nieder. Diejenigen, die anderer Meinung waren, und das war nach meiner Überzeugung trotz des äußeren Augenscheins noch immer die Mehrheit der Kirchentagsbesucher, hatten offenbar weder die Kraft noch die Muße noch das Vermögen, sich ebenso leidenschaftlich zu akzentuieren, wie es die kirchlichen Partisanen taten, die ihre Kirche nur noch als Instrument der Veränderung von sozialen Zuständen und menschlichen Verhaltensweisen verstehen wollen. Wo solche Akzentuierungen geschahen, wie etwa durch die kirchlichen Traditionalisten in der Halle 6 beim "Streit um Jesus", da blieb die Gegenposition überraschend wirkungslos. Eine pietistische Massenbewegung gab es jedenfalls nicht. Die herkömmlichen Kirchentags-

Nr. 8 20. August 1969

AUS DEM INHALT

Sieg der Demokratie über die Autoritäten?	1
Kirche nach dem Kirchentag Eberhard Stammler	3
Ein Kirchentag der Gegensätze Peter Egen	5
Kirchentag - Schule der Demokratie Eberhard Amelung	7
Ein Plädoyer für das "C" Kurt Lauk	9
Leserbrief	11
Literaturhinweise	12

besucher standen in der Defensive. Alle Anstöße kamen von den jungen Radikaldemokraten, die Kirche, Staat und Gesellschaft die Levitin verlasen.

Haben also die Jungen auf diesem Kirchentag gesiegt? Ihre Selbstaussagen lassen vermuten, daß sie das glauben. Aber genau hier ist der Punkt, wo ein grandioses Mißverständnis aus einer bloßen Binnensicht des Kirchentages hervordringen könnte. Er war weder ein Forum der Welt, noch Deutschlands, nicht einmal das der Großstadt Stuttgart. Was als Aufbruch zur Selbstbestimmung von den Jungen gefeiert wurde, was manche Ältere fasziniert von diesem Geschehen der offenen Konfrontation geradezu als eine Alternative zum harten Machtkampf in Politik und Wirtschaft ansahen, könnte der Anfang einer neuen gefährlichen Illusion gewesen sein. Dies nicht zuletzt, wenn man etwa behauptet, auf diesem lebendigen Kirchentag habe die Demokratie über die Autoritäten aller Art triumphiert. Wer sich nämlich gegenüber dem Sog, alles Denken und Handeln nur an der Zukunft zu orientieren, noch ein Minimum an historischem Sinn bewahrt hat, der weiß, daß ein absolutes Scherbengericht über die eigene Vergangenheit und Gegenwart eine böse Quelle von Verwirrung, ja Unmenschlichkeit, in der Zukunft werden kann.

Ich kann mit zufälligen Mehrheiten verabschiedete, über den Dauen gepeilte Resolutionen nicht für ernsthafte Weisheiten halten. Die Meldung zur Geschäftsordnung war der häufigste Vorgang auf diesem Kirchentag. Sie wurde zur Lieblingswaffe einer Art Selbstbestimmung, die sich im Grund im formalen Aktivismus erschöpfte.

Nein, ich kann nicht finden, daß dieser Kirchentag ein entscheidender Durchbruch der Demokratie in Deutschland gewesen sei, so faszinierend ich auch selbst das Geschehen fand. Ich will zur Begründung nicht anführen, daß sich vermutlich die übergroße Mehrheit unseres Volkes verwundert fragen wird, in welcher Welt eigentlich die Resolutionen dieses Kirchentages entstanden sind. Da und dort gibt es darin gewiß vernünftige Forderungen. Aber diese sind schon längst Gegenstand auch der politischen Auseinandersetzung. Es ist ja doch keineswegs wahr, daß sich bei uns nichts ändere. Aber muß die Kirche immer nur auf fahrende Züge springen? Oder gibt es nicht auch eine christliche Pflicht zum Bremsen dort, wo wir zu Opfern unserer eigenen euphorischen Bewegung werden könnten? Unsere Zeit braucht nicht nur die Diskussion, die leicht zum Geschwätz werden kann, sondern auch die Askese des Verzichts und der selbstkritischen intellektuellen Disziplin. In der Tat kann die Demokratie zum Schlagwort und zur Schablone werden. In ihrer klassischen Form, wie sie etwa bei der Begründung der Vereinigten Staaten Pate gestanden hat, war sie Wille zur Mündigkeit, aber zugleich auch Mißtrauen gegen den Menschen, indem sie Macht mit Macht balancierte. Merkwürdig, daß von diesem Mißtrauen des Menschen gegen den Menschen, zu dem uns doch die geschichtliche Erfahrung so viel Grund gibt, auf diesem Kirchentag so wenig die Rede war, obwohl doch gerade die christliche Kirche weiß, daß die Entartung der besten Menschen und der besten Absichten die schlimmste ist. Was hätte wohl Luther gesagt zu dieser Revolutionstheologie, die alles Heil nur noch in den guten Werken für Biafra sieht?

Dieser Kirchentag hat laut der Veränderung das Wort geredet. Das

Bewahren galt ihm offenbar wenig. Ich erkenne dies an als ein vielleicht notwendiges Ausschlagen des Pendels in einem Moment, wo in der Tat große Reformen in unserem Lande anstehen. Aber das letzte Wort kann das für einen Christenmenschen nicht sein. Er kann gar nicht anders als aus dem Erbe der Väter leben, auch wenn er dieses neu interpretieren muß. Vielleicht ist es nicht unnötig, die evangelische Laienbewegung in Deutschland nach diesem Kirchentag daran zu erinnern, daß, um ein Wort Bismarcks zu zitieren, der Mensch den Strom der Zeit nicht machen, sondern nur auf ihm zu steuern vermag. Wer das weiß, wird keinen Damm leichtfertig aufreißen und auf keine Erfahrung verzichten.

(Dieser Artikel wurde als Kommentar im Anschluß an den Kirchentag auch im Süddeutschen Rundfunk gesendet.)

KIRCHE NACH DEM KIRCHENTAG

Eberhard Stammler

Wenn man davon ausgeht, daß die Hälfte der Kirchentagsteilnehmer junge Menschen waren, dann hat diese Veranstaltung ein wesentlich anderes Bild von der Kirche dargeboten, als es sonst üblich ist. Während normalerweise die jungen Leute im Gemeindeleben und auch in den Gottesdiensten nur als kleine Minorität am Rand erscheinen, haben sie hier den Ablauf entscheidend mitbestimmt. Diese Beobachtung sollte am Anfang stehen, wenn man sich die Frage vorlegt, welche Auswirkung diese Stuttgarter Veranstaltung auf die weitere Entwicklung der Kirche haben kann.

Zunächst dürfte es die interessanteste Folgerung sein, daß in dieser jungen Generation andere Erwartungen an die Kirche gestellt werden, als dies bei der älteren Generation der Fall ist. Wenn man den Unterschied auf eine harte Formel bringen möchte, dann ist hier das Interesse deutlich vom Jenseits auf das Diesseits verlagert. Die jungen Leute scheinen so intensiv von der sie umgebenden Wirklichkeit und von den vor ihnen stehenden Zukunftsproblemen fasziniert zu sein, daß sie in erster Linie danach fragen, welche Antworten die Kirche darauf zu geben vermag. Während es bisher immer noch zur vorherrschenden Tendenz im älteren Kirchenvolk gehört, die Religion von den Alltagsproblemen auszuklammern und den kirchlichen Raum gegen die Geister der Welt abzuschirmen, haben die jüngeren Kräfte jene schützenden Mauern durchbrochen, um die Kirche mitten in der Welt anzusiedeln. Es ist nicht zu bestreiten, daß eine solche "Politisierung" eine Fülle kritischer Fragen aufwerfen kann, aber dabei ist nicht zu vergessen, daß in den vergangenen Jahrhunderten eine solche Politisierung insofern selbstverständlich war, als sich die Kirchen im allgemeinen die politischen Vorstellungen der Obrigkeit zu eigen gemacht hatten. Hier nun vollzieht sich ein Prozeß der Loslösung aus jener Tradition, der sicher seine innere Berechtigung hat, auch wenn er sich zunächst in stürmischen und oft auch höchst törichten Akten äußert.

Als weiteres Stichwort hat dort die "Demokratisierung" eine inter-

essante Rolle gespielt. Mit dieser Vokabel verbinden sich zwar teilweise recht utopische Programme, wenn sie zum Beispiel die Kirche in ein Aktionszentrum mit plebiszitärer Demokratie oder gar nach dem Räte-System ummünzen wollen, aber auf der anderen Seite hat gerade die Entwicklung des Kirchentags darauf aufmerksam gemacht, daß das Prinzip des "allgemeinen Priestertums der Gläubigen", wie es Landesbischof Dietzfelbinger formulierte, viel zu lange mit seinen großen Chancen ungenützt geblieben war. Während sich bisher das Kirchenpublikum meistens mit der Funktion des Konsumenten abfand, hat es sich hier nun deutlich in die Rolle des Partners vorgearbeitet. Auch wenn sich diese Aktivität mitunter in kurzschlüssigen oder auch bedenklich durchgepeitschten Resolutionen äußerte, so war es doch bemerkenswert, daß sich das Publikum auf diesem Wege auch mit seiner eigenen Stimme zu artikulieren versuchte. Wenn Dietzfelbinger davon sprach, daß die Kirche hier einen "positiv zu beurteilenden Lernprozeß" erlebte, dann dürfte damit hauptsächlich gemeint sein, daß hier entscheidende Anfänge für den Prozeß der Mitbestimmung zu beobachten waren und daß in dieser Richtung noch wichtige Reformen fällig sind.

Zuletzt ist noch an das Phänomen der "modernen Theologie" zu erinnern, die ja gerade während der Stuttgarter Tage vielen der Teilnehmer wohl zum ersten Mal unmittelbar in ihren Vertretungen begegnete. Der "Streit um Jesus" hat sich nicht nur als ein unerquickliches Gezänk dargestellt, sondern in diesen gegensätzlich angelegten Referaten wurden den Teilnehmern Informationen vermittelt, die ihnen wahrscheinlich mehr als früher ein eigenes Urteil erlauben. Wenn bisher in weiten Kreisen die aktuelle wissenschaftliche Theologie nur als übles Schreckgespenst verteufelt worden war, dürfte nunmehr deutlich geworden sein, daß sich eine christliche Gemeinde von heute ihren Anfragen nicht mehr entziehen kann. Die Kirche wird es lernen müssen, auch in dieser Hinsicht mit offenen Informationen zu arbeiten und die Gemeinden an dem Denkprozeß teilnehmen zu lassen, der bisher meist nur auf den internen Kreis der Theologen beschränkt war.

Gewiß war es vor allem das junge Element, das diesem Kirchentag seine Dynamik und sein Profil verlieh, aber wenn die Kirche nicht nur ihre Vergangenheit verlängern, sondern in ihre Zukunft vorausdenken will, wird sie diesen Kräften und Impulsen Rechnung tragen müssen. Es ist eine verjüngte, bewegte und vielleicht auch versachlichte Kirche, die hier in Erscheinung trat, und damit ist ein Bild greifbar geworden, das für die weitere Entwicklung hoffnungsvolle und zugleich herausfordernde Perspektiven enthält.

WESTFÄLISCHE KIRCHENLEITUNG WARNT VOR RADIKALEN KRÄFTEN

Die evangelischen Christen Westfalens werden in einer von der westfälischen Kirchenleitung beschlossenen Empfehlung zur Bundestagswahl dazu aufgerufen, "ihr Wahlrecht im Sinne demokratischer Verantwortung ernst zu nehmen und auszuüben". Es wird betont, daß Empfehlungen für einzelne Parteien nicht gegeben werden könnten, doch müsse die Kirchenleitung vor "solchen Kräften warnen, welche die Grundordnung unserer Demokratie gefährden".

EIN KIRCHENTAG DER GEGENSÄTZE

Peter Egen nahm für die "Evangelische Verantwortung" am 14. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart teil. Nach seiner Rückkehr gab er folgendes Interview:

Herr Egen, Sie haben den Kirchentag in Stuttgart besucht. Worin unterscheidet sich dieser Kirchentag, der unter dem Leitthema "Hungern nach Gerechtigkeit" stand, von den vorhergehenden?

Das für den Teilnehmer Auffälligste an diesem Kirchentag war das starke Engagement der jungen Generation. Scharfe Zungen sprechen ja bereits von einem "Kinder-Kreuzzug nach Stuttgart." Ich glaube jedoch, daß diese Beteiligung junger Menschen gut und richtig war. Wenn es der Kirche gelingt, junge Menschen an sich zu binden, so sehe ich darin einen besonderen Fortschritt. Negativ beeindruckt hat mich in Stuttgart, daß man leicht das Gefühl haben konnte, nicht auf einer kirchlichen Veranstaltung, sondern in einem politischen Diskussionsclub zu sein. Es wurde zwar viel diskutiert - doch oft genug redete man an den Problemen vorbei - man dachte an eine Umfunktionierung und vergaß, daß die Kirche es war, die zum Kirchentag eingeladen hatte. Es wurde kaum gesungen, dafür aber waren umso mehr Anträge zur Geschäftsordnung zu hören.

In Stuttgart wurden mehr als 30 Resolutionen verabschiedet. Welche Bedeutung haben diese Ihrer Ansicht nach für die Evangelische Kirche?

Die Besucher des Kirchentages können ihrer Kirche Empfehlungen mit auf den Weg geben - ganz klar jedoch soll festgestellt werden, daß der Kirchentag kein politisches Mandat besitzt. Er ist vielmehr so etwas wie ein Seismograph für die vielschichtigen Strömungen innerhalb der protestantischen Kirche. Unter diesem Blickwinkel sind auch die Resolutionen zu sehen. Ich persönlich wende mich insbesondere gegen jene Resolution, die die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze fordert. Denn über unsere endgültigen Grenzen müssen beim Abschluß eines Friedensvertrages die politischen Großmächte und nicht ein Laienforum der Evangelischen Kirche Beschlüsse fassen.

Noch eine Zusatzfrage: Die CDU/CSU wurde in einer der Resolutionen aufgefordert, das "C" aus ihrem Namen zu streichen. Was sagen Sie hierzu?

Über das "C" im Namen der CDU/CSU kann man sicherlich diskutieren. Ich persönlich glaube jedoch, daß in unserer heutigen Welt eine Politik aus christlicher Verantwortung immer noch eine wichtige Aufgabe ist. Die CDU hat nie behauptet, mit dem "C" in ihrem Namen einen Monopolanspruch zu erheben. Wir wissen, daß auch andere Parteien Christen eine Plattform für ihre politische Arbeit bieten können. Aber warum sollen wir Christen keine Politik machen dürfen, und warum sollen wir das nach außen nicht durch das "C" bekunden,

wo doch heutzutage gerade von jenen Kreisen, die gegen das "C" zu Felde ziehen, paradoxerweise am lautesten der Ruf nach einer Politisierung der Kirche erhoben wird. Und wenn ich schon das "C" in Frage stelle, so ist sicherlich die Begründung hierfür von außerordentlicher Bedeutung. In Stuttgart wandte man sich gegen das "C" u.a. mit der Begründung, daß CDU/CSU unter dem Mißbrauch des christlichen Namens Milliardenbeträge für die Rüstung ausgeben. Diese Argumentation aber zeigt aus welcher politischen Geisteshaltung die Verfasser der Anti-CDU-Resolution kommen.

Können Sie uns kurz noch einige Ihrer Eindrücke von Stuttgart - kritisch beleuchtet - mitteilen?

Lassen Sie mich noch einiges zu den theologischen Problemen dieses Kirchentages sagen. In einer der sieben Arbeitsgruppen ging es um den "Streit um Jesus". Mehr als 8000 Menschen von insgesamt 20 000 Besuchern waren in dieser Arbeitsgruppe vertreten. Hier diskutierte man Fragen der Auferstehung, der Jungfrauengeburt und der wahren geistlichen Haltung. Die Auffassungen der Fortschrittlichen, der Gemäßigten und der Pietisten prallten hart aufeinander. Junge Menschen waren in dieser Arbeitsgruppe, wo es um substantielle und existentielle Fragen der Kirche ging, kaum zu sehen. Für sie war es ein Streit der "Altersheime um Jesus." Sicherlich hat ein Teil dieser jungen Generation, die in Stuttgart vertreten waren, keine Beziehung zu den drängenden theologischen Fragen des Neuen Testaments. Sie sahen in Stuttgart eine Möglichkeit, ihre politischen Ansichten vorzutragen. Sie schwenkten rote Fähnchen und redeten viel von Mao und Marx; ob sie eine Kirche auch von Innen kennen - ich wage es ernsthaft zu bezweifeln. Aber während sie über die Parole "Marx lebt" diskutierten und im Hintergrund die "Internationale" ertönte, sang die Gemeinde unweit entfernt bei einer Abendmahlsfeier "Jesus lebt."

Gegensätze über Gegensätze - noch hat der Kirchentag diese verschiedenen Strömungen in sich verkraften können. Die Protestanten in der Bundesrepublik jedoch bewegt heute die Frage, ob 1969 der Kirchentag endgültig zu Grabe getragen wurde, oder ob der Protestantismus aus dieser Zerreißprobe gestärkt hervorgeht.

BISCHOF SCHARF ZUR SPD-WAHL-TALARANZEIGE VON PRÄSES WILM

Zu der Frage nach der konkreten Warnung der Kirche vor einzelnen Parteien, wie z.B. der NPD, oder der Sympathiewerbung für eine Partei, wie sie der ehemalige westfälische Präses Ernst Wilm unlängst für die SPD betrieben hat, stellte der Berliner Bischof D. Kurt Scharf beim "Interview des Tages" in Stuttgart fest: "Grundsätzlich muß sich die Kirche dazu äußern, jedoch könne eine letzte Konsequenz nicht gezogen werden. Der einzelne habe selbst die letzte Entscheidung zu treffen, die Kirche könne nur Hilfestellung leisten. Präses Wilm habe als Privatperson gesprochen. Das Bild der Zeitungsanzeige, das ihn im Talar zeige, sei ohne seine ausdrückliche Genehmigung veröffentlicht worden."

Eberhard Amelung

Der Seismograph, als den Ernst Mittelmann den Kirchentag in der "Evangelischen Verantwortung" Nr. 7 bezeichnet hat, schlug heftig aus. Er hat dabei die neuralgischen Punkte unserer Gesellschaft registriert, so daß die Protokolle dieser Versammlung den Historikern späterer Zeiten eine wertvolle Quelle sein werden. Es ist dem Kirchentagspräsidium zu danken, daß es den Mut hatte, den Seismographen ausschlagen zu lassen und jeder Versuchung, die Aufzeichnung des Bebens zu manipulieren, widerstand.

20 000 Menschen haben in Stuttgart drei Tage lang miteinander über brisante Themen beraten. Sah man auf früheren Kirchentagen einerseits "Referenten" und andererseits "Besucher und Hörer", so bestand dieser Kirchentag überwiegend aus "Teilnehmern". Aus den Massenauditorien, die früher die Stars von Kirche und Gesellschaft ihre Referate verlesen und ausgewählte Fragen beantworten sahen, sind in Stuttgart Partizipanten geworden, die die Konsumentenhaltung aufgebend - sich nicht scheuten, den Gang der Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Die Möglichkeit, aus dem Saal heraus Diskussionsvoten abzugeben und Anträge zu stellen, über die dann abgestimmt werden mußte, hat den Kirchentag zu einer Schule der Demokratie gemacht, die in unserem Volke einzigartig dasteht. "Schule und Demokratie" - zurecht ist von der Kirchentagsleitung in den Pressekonferenzen der Charakter des Lernprozesses hervorgehoben worden, den wir durchmachen müssen. Auch der Kirchentag war nur ein Schritt auf einem Weg, auf dem viele andere Schritte folgen müssen, denn in dieser Schule der Demokratie müssen Haltungen eingeübt und Techniken erlernt werden. Sicherlich gab es in Stuttgart mancherlei Leerlauf und schwache Diskussionen, es gab Manipulationen von unten und unfaire Anträge, schlechte Verhandlungsführung und anfechtbare Ergebnisse bei den Abstimmungen. Aber alle diese Schwächen werden überdeckt von dem Akt der Befreiung oder der Emanzipation, den der Schritt vom Besucher zum Teilnehmer darstellt. In Stuttgart wurde in Ansätzen deutlich, daß Demokratie nicht nur eine Herrschaftsform, sondern auch eine Lebensform der Gesellschaft ist, die auch Massenveranstaltungen tragen kann. Wenn man es in unserem Volk mit der Demokratie ernstmeint, dann darf man hinter die in Stuttgart gewonnene Form nicht mehr zurückgehen.

Die Kirche in der Gestalt des Kirchentages hat in Stuttgart Möglichkeiten wahrgenommen, die kaum eine andere Organisation unserer Gesellschaft hat. Wer sonst könnte z.B. die Politik derart auf die Straße tragen, wie es beim Interview des Tages auf dem Marktplatz geschah. Vor ca. 1000 Zuhörern diskutierten dort am Donnerstagabend Kultusminister Vogel, Staatssekretärin Hamm-Brücher und der Vorsitzende der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Rau, über kulturpolitische Fragen. Und auch dort beteiligten sich Interessierte aus dem überwiegend nicht aus Kirchentagsbesuchern bestehenden Publikum. In gleicher Weise stellte sich das Präsidium

des Kirchentages Besuchern und Bürgern der Stadt im öffentlichen Forum.

Die Politiker wurden auf diesem Kirchentag besonders kritisch befragt. Die Fragen waren oft nicht leicht zu beantworten. Aber die Politiker, die sich ihnen stellten, haben in wirkungsvoller Weise dazu beigetragen, das demokratische Bewußtsein und die Existenz und die Politik der Parteien, die in unserem Staat oft so verhängnisvoll auseinanderklaffen, in ein Verhältnis zueinander zu bringen. Leider sind zugleich aber auch die Chancen, mit der politisch bewußten Bevölkerung in Kontakt zu kommen, wieder einmal von zu wenig aktiven Politikern genutzt worden. Hier gab es die Möglichkeit, Staatsbewußtsein im Gespräch zu wecken in einem Maße, das weit über das hinausging, was die Politiker gemeinhin z.B. in Wahlveranstaltungen finden. Einige der zu wenigen, die die Situation zu nutzen verstanden, waren die CDU Abgeordneten Deringer, Kiep und Dr. Wörner und der SPD Bundesminister Eppler, die sich allen Diskussionsanforderungen stellten und die Fragen offen beantworteten.

Der Kirchentag hatte sich ein politisches Thema gestellt, denn wer heute den Hunger nach Gerechtigkeit zum Thema wählt, muß politisch werden. Nicht umsonst war der Ruf nach Gerechtigkeit das zentrale Thema der politisch-eschatologischen Bewegungen der Gesellschaft. Man hätte diesen Zusammenhang stärker im Rahmen des Kirchentages beachten sollen, denn dann hätte man leichter den Bezug zwischen den theologisch und den politisch arbeitenden Gruppen herstellen können. Weil dieser Bezug weithin fehlte, erschien es oftmals, als gäbe es zwei Kirchentage, die im Rahmen einer Veranstaltung nebeneinander existierten. So traf man in der Gruppe "Streit um Jesus" z.B. ganz andere Menschentypen als in den Gruppen, in denen es um Demokratie ging. Eine Beziehung schien hier nicht zu bestehen.

Das zentrale Thema fand seine eigentliche Konkretisierung in der Arbeitsgruppe "Gerechtigkeit in einer revolutionären Welt." Hier kam es zu harten Zusammenstößen zwischen den Vertretern der revolutionären Dimension des Themas und den Politikern, die die pragmatischen Aspekte vertreten mußten. Verfängliche und auch theologisch überhöhte Simplifizierungen standen hier der in sich widersprüchlichen Situation gegenüber, die sich bei jeder ernsthaften Beschäftigung mit dem Thema der Entwicklungshilfe notwendig auf-tun. Der Abgeordnete Kiep und die Bundesminister Eppler und Höcherl haben jedoch erfolgreich die Probleme und die Schwierigkeiten der Entwicklungshilfe aufgezeigt.

Dieser Kirchentag hat bewiesen, daß das Thema einer "christlichen Politik" neu gestellt worden ist. Der Prozeß der Entideologisierung, der in den vergangenen zehn Jahren vielfach besprochen wurde, schlägt in eine neue Phase des weltanschaulich-ideologisch begründeten Politisierens um. Die Kirche wird zunehmend zu politischen Äußerungen gedrängt, und der Kirchentag treibt nolens volens christliche Politik, indem er guten Gewissens politische Resolutionen in großer Zahl verfaßt. Die Paradoxie liegt darin, daß sich unter den Resolutionen auch die Aufforderung an die CDU befindet, das "C" aus ihrem Namen zu

streichen. Das bedeutet nichts anderes, als daß im Zeichen der Politisierung der Kirche, die politischen Parteien zur Entideologisierung der Politik gemahnt werden. Wir werden auf diese Resolution zurückkommen, denn gerade im Blick auf den vor uns liegenden Wahlkampf ist es wichtig, den theologischen und politischen Ort dieser Resolution aufzudecken und die Selbstbezeichnung der CDU neu zu überdenken.

WIR STELLEN ZUR DISKUSSION: EIN PLÄDOYER FÜR DAS " C "

Kurt Lauk

Wiederum, diesmal in einer Resolution, die von Teilnehmern des 14. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Stuttgart verabschiedet wurde, ist die CDU aufgefordert worden, auf das "C" in ihrem Namen zu verzichten. Die Begründung lautete: "daß die konservative Politik unter christlichem Vorzeichen die christliche Verkündigung auf unerträgliche Weise belaste!" Dies ist eine These, die von Leuten aufgestellt wurde, die ihrerseits für sich in Anspruch nehmen, als Christen in einem kritischen Engagement in unserer politischen Situation Stellung zu beziehen. So nahmen sie als Christen in einer Versammlung das politische Mandat wahr. Sie taten im Grunde nichts anderes, als diejenigen, die sich als politisch engagierte Bürger in der CDU in ihrem politischen Handeln "am christlichen Glauben und Denken orientieren" wollen. Dies ist in den ersten Jahren nach der Gründung der CDU sicherlich gelungen. Die Herausforderung, die im Wort "christlich" steckt, wurde von den damals führenden Leuten der Union erkannt und ernstgenommen. Sie wußten, daß "christlich" nicht eine ein für alle Mal feststehende Norm sein konnte, sondern eine Herausforderung bedeuten mußte, sich in jeder Situation neu der Frage zu stellen, wie man im politischen Handeln dem Wort christlich versuchsweise gerecht werden könnte.

Heute aber kann man sich meist des Eindrucks nicht erwehren, daß das "C" als mehr oder weniger bequemes Ruhekitzel betrachtet wird und der revolutionäre Anspruch dieses Wortes, den es heute bedeuten muß, nicht wahrgenommen wird. Absolut gültige Wahrheiten lassen sich mit diesem Wort sicher nicht begründen. Begründet ist das "C" dann, wenn es nicht dazu verleitet, an überkommenen Klischees fraglos festzuhalten, sondern wenn es eine dauernde Diskussion, eine harte Konfrontation der Meinungen provoziert.

Das offene Austragen - nicht das Ausklammern - von Konflikten, die vielfach gesellschaftlich bedingt sind (z.B. das Problem der Vermögensverteilung), ist notwendig. Dies bedeutet auch, daß sich als Christ heute keiner mehr auf seinen persönlichen Glauben zurückziehen kann. Die rein individuelle Interpretation von "christlich" ist heute nicht mehr möglich. Fraglos kann das Individuum heute nicht mehr als der einzig tragende Pfeiler jeder gesellschaftlichen Ordnung bezeichnet werden, da der einzelne heute in weit stärkerem Maße als früher eben von gesellschaftlichen Zwängen

geprägt wird. So muß der hohe Anspruch, den das "C" beinhaltet, als Gesellschaftskritik immer wieder neu verifiziert werden. Der berechnete Stolz auf das einmal Erreichte muß heute der In-Frage-Stellung des Erreichten weichen, um neue Perspektiven für künftige Aufgaben zu eröffnen. So dürfen sich auch Lösungsmöglichkeiten der anstehenden Probleme nicht an erstarrten traditionellen Kategorien orientieren, und bestehende Ordnungen dürfen ihre Legitimation nicht in ihrem bloßen Bestand erblicken. Dies bedeutet keine Mißachtung der Tradition, sondern ist ein Ernst-Nehmen der Herausforderung durch das "C" in unserer konkreten Lage. Das "C" ist viel zu kritisch, als daß es zur Legitimation bestehender Verhältnisse mißbraucht werden dürfte. Es ist vielmehr eine Aufforderung, morsche Pfeiler durch neue zu ersetzen, bevor uns das Gerüst über dem Kopf zusammenfällt.

Es ist heute auch nicht nur eine Mode, Autoritäten anzugreifen. Es hat durchaus auch eine sachliche Berechtigung, denn eine echte Autorität braucht sich vor Herausforderungen nicht zu scheuen, sondern erweist sich im Gegenteil im Dialog in sachlicher Art und Weise eben als solche. Dieses Frage- und Antwortspiel wurde von den Parteien in den schwierigen Jahren des materiellen Wiederaufbaus fast völlig vernachlässigt. Deshalb sind heute vielfach Formeln wie Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit im Munde vieler Politiker zu Leerformeln erstarrt, die nicht hinterfragt werden dürfen. Dies ist nur zu konstatieren. Auch muß gesagt werden, daß in einer solch leeren Sprache tatsächliche Probleme wie Arbeit und Herrschaft nicht offen angesprochen werden können, obwohl sie jeden betreffen.

Dies sind alles Punkte, auf die heute notwendig eine sachgerechte Antwort erwartet wird und gegeben werden muß und auch gegeben werden kann, wenn man sich bewußt am christlichen Denken orientieren will. Dies setzt zweifellos einen Prozeß der Neubesinnung voraus. Aber davor sollte sich gerade die CDU nicht drücken, sondern sich dem als erste stellen. Wenn die CDU nicht drücken, sondern in ihrem Namen behalten will, muß sie aufs neue den gesellschaftskritischen Anspruch des "C" erkennen. Erst dann kann man wieder sagen, daß man sich am christlichen Denken orientiere.

(Die Redaktion der "Evangelischen Verantwortung" ist auch an Ihrer Meinung zu dem Thema "Ein Plädoyer für das 'C'" interessiert. Wir bitten um Stellungnahmen.)

WOHIN STEUERT DIE EVANGELISCHE AKADEMIKERSCHAFT?

Der Verband der Evangelischen Akademikerschaft hat seine Tätigkeit mehr und mehr auf das politische Feld verlegt. Die Resolutionen, die er zu den Studentenunruhen, zur politischen Lage, zur Pressekonzentration, zur Notstandsgesetzgebung etc. herausgab, hat viele Mitglieder veranlaßt, dem Verband vorzuwerfen, er verhalte sich politisch nicht mehr neutral und könne daher nicht mehr den Anspruch erheben, im Namen aller Verbandsmitglieder zu sprechen. Der bayerische Vorsitzende, OStR Pfarrer E. Bomhard aus Hohenstadt, trat wegen der zunehmenden Politisierung zugunsten der neuen Linken von seinem Amt zurück.

GEGEN SPD-WAHLWERBUNG IM TALAR

"Es befremdet mich nicht nur, sondern es ist mir ein Ärgernis, daß Präses D. Wilm die Autorität seines hohen Präsesamtes, das er über 18 Jahre in unserer Evangelischen Kirche von Westfalen innehatte, nun in aller Öffentlichkeit der Wahlpropaganda einer bestimmten Partei (Anmerkung der Redaktion: gemeint ist die SPD) zur Verfügung stellt. Denn die Autorität seines Präsesamtes besteht doch weiterhin, wenn er dieses Amt nun auch mit dem 31. Dezember 1968 aufgegeben hat, wie ja auch die Amtsbezeichnung ausdrücklich in dem Inserat steht. Zudem ist Wilm ja Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland! - Die Autorität des kirchlichen Amtes kommt doch "aus dem Evangelium" und kann darum doch nur für die Verkündigung des Evangeliums eingesetzt werden! Hier aber wird diese Autorität für persönliche politische Anschauungen und parteipolitische Entscheidungen eingesetzt und somit der parteipolitischen Propaganda und damit dem politischen Kampf der Parteien zur Verfügung gestellt - und das noch in einem Wahljahr! Damit aber hilft Wilm doch nur zur weiteren Politisierung der Kirche, und sie ist doch nach dem Urteil der weitaus meisten Gemeindeglieder schon politisiert genug!

Wie nun, wenn jetzt jeder Amtsträger der Kirche das nachmache, also nun auch seine persönlichen politischen Ansichten "seiner" Partei zu ihrer Wahlpropaganda zur Verfügung stellte! Denn was dem einen recht ist, kann man doch einem anderen nicht verwehren. Ist es denn wirklich Aufgabe der evangelischen Kirche heute, anstelle der Verkündigung des Evangeliums die persönlichen politischen Engagements ihrer Amtsträger, (Pastoren, Superintendenten, Präses, Bischöfe usw.) zu verkündigen und damit die politische Gruppenbildung und ihre politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe nun in der Kirche zu wiederholen und jeder noch unter Berufung auf das Evangelium? Ist denn wirklich der Kampf der Bekennernden Kirche umsonst gewesen, daß die Kirche bei ihrem Auftrag bliebe, nämlich das Evangelium allein zu verkündigen und die Sakramente recht zu verwalten, wogegen die Deutschen Christen Evangelium und Politik, Verkündigung des Evangeliums und der politischen Überzeugung des Amtsträgers vermengten?

In diesem Zusammenhang überzeugt mich, was Helmut Schmidt auf der Tagung der Synode der evangelisch-lutherischen Kirche in Hamburg Ende Mai 1968 in Glücksburg gesagt hat: "Ein Theologe, ein Bischof oder ein Pastor, der z.B. in die allgemeine Politik eingreift, muß seine Amtsautorität dabei ausdrücklich und sichtbar und hörbar beiseite stellen. Er muß sie beiseite stellen."

Zu den beiden Bildern des Inserates will ich mich nicht ausführlich äußern. Sie sind wohl werbetechnisch "gekonnt", besonders auch das Kreuz auf dem kleineren Bild. Aber ob sie überzeugend wirken? Für mein Empfinden und Urteil ist es gerade das Gegenteil."

W. Marienfeld, Pfarrer
Dortmund-Marten

LITERATURHINWEISE

Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Dr. Gerhard Stoltenberg, ist kürzlich mit einem Buch an die Öffentlichkeit getreten, das einen wertvollen Beitrag in der leidenschaftlich geführten Diskussion über bildungs- und wissenschaftspolitische Fragen darstellt.

Dr. Gerhard Stoltenberg "Staat und Wissenschaft"
Seewald-Verlag Stuttgart
85 Seiten, DM 6,80

Stoltenberg setzt sich in diesem Buch, das den Untertitel Zukunftsaufgaben der Wissenschafts- und Bildungspolitik trägt, mit den vielfältigen Problemen die in der Bundesrepublik und überall in der freien Welt seit Monaten Schlagzeilen machen: Wissenschaftsförderung, Programme und Zukunftsaufgaben des Staates, Hochschul- und Bildungspolitik auseinander. Vor dem Hintergrund zunehmender Gewalttätigkeit entwickelt der Autor in die Zukunft greifende Gedanken über eine moderne Wissenschaftspolitik, die sich aber nur im Gesamtzusammenhang der Staats- und Gesellschaftspolitik entfalten kann und deren Erfolg maßgeblich von den allgemeinen bildungspolitischen, wirtschaftlichen und innerstaatlichen Entwicklungen abhängig ist. Stoltenberg legt dieses Buch in einem Augenblick vor, in dem verantwortungsbewußte Menschen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Forschung und Lehre gerade von dem verantwortlichen Bundesminister eine klare und realistische Willensäußerung erwarten.

V.K.

Dieser Ausgabe der "Evangelischen Verantwortung" liegt ein Prospekt über das Buch "Politik für Nichtpolitiker" bei, das im Kreuz-Verlag Stuttgart erschienen ist. Wir empfehlen diesen Verlagshinweis Ihrer Aufmerksamkeit.

UNSERE AUTOREN

Waldemar Besson, 40, Studium der Geschichte und Politik an der Universität Tübingen und der University of California, 1954 Promotion zum Dr. phil.. 1958 Habilitation; 1961 - 1966 ordentlicher Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg; 1966 Wechsel an die Universität Konstanz.

Kurt Lauk, 23, Student der evangelischen Theologie und Geschichte in Tübingen. Mitglied des Landesvorstandes der Jungen Union Nord-Württemberg sowie Mitglied des Landesvorstandes Württemberg des Evangelischen Arbeitskreises der CDU.

Darüber hinaus nehmen zu aktuellen Fragen des Kirchentages die Mitglieder der Redaktionsgemeinschaft der "Evangelischen Verantwortung" aus verschiedenen Perspektiven heraus Stellung.

Redaktionsgemeinschaft: Eberhard Amelung, Peter Egen, Eberhard Stammler
Verantwortlich für den Inhalt: Peter Egen
Anschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
53 Bonn/Rh., Am Hof 28, Ruf: 02221-57001
Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplare erbeten
